

forum

Das Magazin der Bertelsmann Stiftung

Bürgerbeteiligung stärken



Inhaltsverzeichnis

Reformdiskussion

- Herausforderungen einer neuen Gründerzeit**
Die CDU Vorsitzende Angela Merkel über
Entscheidungsstaus, das Prinzip Wettbewerb
und unzeitgemäße Pfründe 5

Demokratie und Bürgergesellschaft Bürgerbeteiligung stärken

- Neue Wege der Bürgerbeteiligung suchen**
Marga Pröhl zu den Schwerpunkten des Themenfeldes
Demokratie und Bürgergesellschaft 8
- Politikverdrossenheit als Herausforderung für
die Kommunalpolitik**
Die Kommunalpolitik braucht das Vertrauen der Bürger 9
- Hildopoly - kommunaler Haushalt kinderleicht**
Das Projekt Bürgerhaushalt macht Ausgaben und
Aufgaben transparent 11
- Die Politik fühlt sich von der Informationsfreiheit
überfordert**
Das Informationsfreiheitsgesetz in der Diskussion 13
- Wie demokratisch sind wir?**
Die Lokale Demokratiebilanz am Beispiel
der Stadt Viernheim 15
- Bürgerstiftungen brauchen
professionelles Management**
Die Erfolgsstory der größten europäischen
Bürgerstiftung 17
- Neuerscheinungen zum Thema
Bürgerbeteiligung**
Publikationen der Bertelsmann Stiftung 19

Bildung

- Zukunftsweisende Strukturen der
frühkindlichen Bildung**
Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten,
die vorschulische Förderung zu vernachlässigen, wenn
sie zukunftsfähig sein will. 21



Herausforderungen einer neuen Gründerzeit
*Sehen Wettbewerb als Katalysator des Fortschritts:
Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und Stiftungs-
gründer Reinhard Mohn*



**Politikverdrossenheit als Herausforderung für die
Kommunalpolitik**
*Viele Wähler verzichten freiwillig auf ihr Wahlrecht und
erteilen damit der Politik die Quittung für Bürokratie,
Skandale und bürgerferne Entscheidungen.*



Bürgerstiftungen brauchen professionelles Management
*Die Community Foundation serving Tyne & Wear Northumber-
land bereichert das soziale Leben im Nordosten Englands. Ihre
Professionalität hat sie erfolgreich gemacht und ist Vorbild für
Bürgerstiftungen in aller Welt.*



24

Vergleich als Ansporn
Im Internationalen Netzwerk Innovativer Schulsysteme arbeiten Schulleiter wie Wulf Homeier daran, den Unterricht zu verbessern. Ein wichtiges Kriterium dabei ist die Beziehung zwischen Lehrern und Schülern.



29

Familie und Beruf: Ergänzung oder getrennte Welten?
Bundesfamilienministerin Renate Schmidt unterstreicht im forum-Interview, dass für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Betreuungsproblem gelöst werden muss.



31

Gewaltsame Konflikte vermeiden und überwinden
Frieden ist auch eine Frage der richtigen Strategie bei der Bewältigung von Krisen. Die Bertelsmann Stiftung bündelt ihre Erfahrungen im Konfliktmanagement.

Vergleich als Ansporn

Das Internationale Netzwerk Innovativer Schulsysteme verbessert den Unterricht durch Qualitätsvergleiche 24

Wirtschaft und Soziales

Neue Wege in der Arbeitslosenvermittlung

Weniger Verwaltung und mehr Vermittlung durch PersonalServiceAgenturen und Job Center 26

Familie und Beruf: Ergänzung oder getrennte Welten?

Interview mit Renate Schmidt, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 29

Internationale Verständigung

Gewaltsame Konflikte vermeiden und überwinden

Die Bertelsmann Stiftung arbeitet an einem wissenschaftlich fundierten Maßnahmenkatalog zum internationalen Konfliktmanagement 31

Europa braucht eine zukunftsfähige Verfassung

Werner Weidenfeld, Politikberater und Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, erläutert die Eckpunkte einer künftigen europäischen Verfassung 33

Gesundheit

Prävention stärken –

vier Fragen an Ulla Schmidt, Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung 35

Rubriken

Editorial 4
 Namen und Nachrichten 20, 37
 Neuerscheinungen, Impressum 38, 39

Liebe Leserin, lieber Leser!

Drei starke Frauen, die in Deutschland die politische Landschaft mitgestalten und in ihren Aufgabenfeldern mit großem Reformbedarf konfrontiert sind, kommen in unserer aktuellen forum-Ausgabe zu Wort. Bundesfamilienministerin Renate Schmidt und ihre Minister-Kollegin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Ulla Schmidt, mahnen mehr Bereitschaft zum Umdenken an: bei Entscheidern und bei Bürgern. CDU-Chefin Angela Merkel greift mit ihrer Forderung nach mehr Freiräumen für Bürger Fragestellungen auf, die wir in unserem Heftschwerpunkt „Bürgerbeteiligung stärken“ verfolgen.

Mehr bürgerschaftliche Teilhabe an politischen Prozessen haben konkret die Projekte des Themenfeldes „Demokratie und Bürgergesellschaft“ zum Ziel. Klüngel, Filz und Skandale haben vielerorts zu Politikverdrossenheit geführt, ein Problem, von dem auch die Kommunen betroffen sind. Der Fachjournalist Stefan Grönebaum beschreibt sowohl den Status quo in der Kommunalpolitik als auch den Veränderungsbedarf. Transparenz und Bürgernähe sind dabei die entscheidenden Kriterien. Das unterstreichen unsere Berichte über den kommunalen Bürgerhaushalt der Stadt Hilden und über die lokale Demokratiebilanz in Viernheim.

Effiziente Steuerung und demokratische Mitwirkung in überschaubaren kommunalen Einheiten zu gewährleisten, ist schon kompliziert genug. Vor einer wesentlich schwierigeren Herausforderung steht derzeit der Europäische Konvent. Er soll den Vorschriftenschwungel der EU durchforsten und ein durchschaubares und bürgernahes Regelwerk in Form einer Verfassung für das große Europa vorlegen. Prof. Dr. Werner Weidenfeld, gefragter Politikberater und Mitglied im Präsidium der Bertelsmann Stiftung, stellt die Eckpunkte einer tragfähigen europäischen Verfassung vor.

Der Reformweg in eine zukunftsfähige Gesellschaft ist selten bequem, aber er weist ermutigende Fortschritte auf, die in der vorliegenden forum-Ausgabe natürlich auch nicht zu kurz kommen.

Gewinnbringende Einblicke bei der Lektüre wünscht Ihnen

Ihre forum-Redaktion

Herausforderungen einer neuen Gründerzeit

Deutschland brauche Menschen, die eine positive Einstellung zum Wettbewerb haben, sagte Dr. Angela Merkel anlässlich der Buchpräsentation „Die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers“ von Reinhard Mohn im Februar 2003 in Gütersloh. In ihrem forum-Gastbeitrag führt die CDU-Vorsitzende aus, welche Kräfte und Einstellungen sie für notwendig hält, um den Umbruch zu meistern, in dem sich unsere Gesellschaft derzeit befindet, und seine Chancen zu nutzen.

Das Ende des Kalten Krieges 1990 schuf nicht nur die Einheit Deutschlands und der Europäischen Union, sondern veränderte auch die Statik des bisherigen internationalen Sicherheitssystems. Politische und wirtschaftliche Globalisierung, demographische Entwicklung, Internet und Digitalisierung, Gentechnik, Nanotechnik und andere Errungenschaften von Forschung und Technik, Wertewandel und neue Teilhabeansprüche revolutionieren zurzeit Arbeitswelt und Gesellschaft. Die entstehende Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft führt zu einer anderen Qualität des Arbeitens, Lernens und Lebens. Um im Wettbewerb von Ideen und Standorten sowie der Teilhabe an den neuen Chancen bestehen zu können, müssen wir uns neu aufstellen, Verkrustungen auflösen, lieb gewordene, aber veraltete Gewohnheiten verändern. Es geht um eine zweite Gründerzeit in Deutschland.

Das Land reformieren

Wer alten Wohlstand erhalten und neuen schaffen will, muss mit den Veränderungen gehen und das Land reformieren. Freiheit und Gerechtigkeit, Wettbewerb und Kooperation, Leistung und Solidarität gehören in eine dem Wandel angemessene Balance. Die neue Soziale Marktwirtschaft ist Ausdruck dieser neuen Qualität von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.



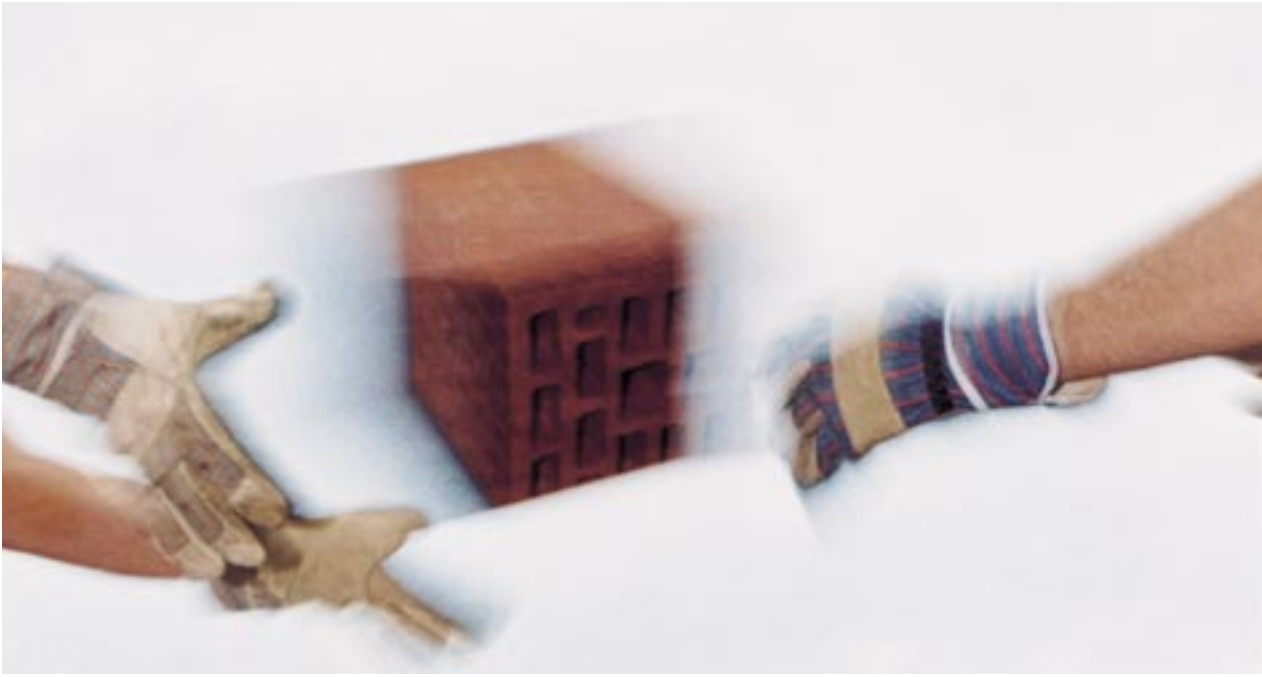
Einig in Grundsatzfragen: Die CDU-Vorsitzende Dr. Angela Merkel im Gespräch mit Stiftungsgründer Reinhard Mohn beim Kolloquium zum Thema: „Die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers“

Erstens geht es dabei um eine Zurücknahme von Staatstätigkeit, Bürokratie und Verrechtlichung, um Freiräume für die Wirtschaft und die aktive Bürgergesellschaft zu schaffen. Zweitens brauchen wir neue Anreizstrukturen zugunsten von Leistung und Effizienz, Bildung und Qualifizierung; dazu gehört mehr Wettbewerb in Wirtschaft und Sozialstaat. Drittens gilt es, größere Freiheit für individuelle Lebensweisen und eigene Entscheidungen zu schaffen, mehr Verantwortungsübernahme für sich und andere sowie mehr Möglichkeiten von Teilnahme und Teilhabe, Vorsorge und Fürsorge in Ehrenamt und Freiwilligentätigkeit zu eröffnen. Unsere Aufgabe besteht darin, mit intelligenten Reformen Grundlagen für die Freiheitsgesellschaft des 21. Jahrhunderts zu schaffen.

Die Transformation der Industriegesellschaft in eine Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft eröffnet uns alle Chancen. Im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig zu sein und die Strukturen einer dem Menschlichen verpflichteten Freiheitsgesellschaft des 21. Jahrhunderts aufzubauen, das sind zwei Ziele, die zusammengehören.

Wer den Wandel als Herausforderung ernst nimmt, der sucht deshalb nach

- neuen, effizienten Wegen für die öffentlichen Hände jenseits ausufernder Staatstätigkeit und Staatsverschuldung,
- kreativen Lösungen für die neue Arbeitswelt



- jenseits festgefahrener Verbandsstrukturen,
- Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und schnellerer Anwendung jenseits eines blockierenden Skeptizismus,
 - individuellen Wegen für ein neues Lernklima in selbstständigeren Schulen jenseits der überkommenen Strukturen unserer Bildungslandschaft.

Freiräume für Bürger

Wirtschaft, Gesellschaft und Politik müssen mit dem Wandel und der Suche nach neuen Wegen Schritt halten. Besonders in der Politik aber haben wir das Problem zu langsamer Entscheidungsprozeduren, um mit den wissenschaftlich-technischen Prozessen und der Globalisierung Schritt zu halten. Die Politik muss auf der einen Seite kompetent, umsichtig und entschlossen Ziele setzen und Maßnahmen umsetzen – und auf der anderen Seite politische Allmachtsansprüche zurücknehmen zugunsten von Freiräumen für die Bürger. Wo sonst können Menschen neu lernen, Erfahrungen im Umgang mit dem Wandel sammeln, kreative Ansätze entwickeln?

Allerdings müssen solche Freiräume lebendig gehalten werden. Das gilt für Unternehmen, Schulen, soziale Einrichtungen. Vor allem aber gilt es im Hinblick auf die Kommunen, die finanziell ausgehungert werden. Denn wer die subsidiären Strukturen angreift, Ehrenamt in Frage stellt, Bildung beschneidet, soziale Beratungs und Hilfseinrichtungen austrocknet, der untergräbt auf Dauer das Tragegerüst unserer Lebenswelt selbst. Die Revitalisierung der Kommunen wird eine wesentliche Zukunftsaufgabe sein.

Wettbewerb positiv verstehen

Es ist notwendig für Deutschland, Wettbewerb wieder positiv zu verstehen und ihn zu fördern. Das Beispiel der ehemaligen DDR zeigt, was passiert, wenn Wettbewerb fehlt. Im Gegensatz dazu hat die Soziale Marktwirtschaft die Innovation und Leistung fördernde Kraft des Wettbewerbs immer anerkannt. Wettbewerb ist auch Ausdruck von Freiheit und damit der Einsicht, dass wir niemals in einem abgeschlossenen System leben. Als Motor von Fortschritt und Wohlstand ist Wettbewerb für die sich wandelnden Verhältnisse in Arbeitswelt, Bildung, sozialer Sicherung und sozialer Teilhabe von allergrößter Bedeutung. Politische Führung sollte auch hier Zutrauen in die Bürger setzen, mit dem Wettbewerb in richtiger Weise umzugehen, so wie sie auch Zutrauen in deren Engagements-, Kooperations- und Solidaritätsbereitschaft setzt. Ein starker Staat setzt starke Bürger voraus – Bürger, die sich für das Eigene wie für das Gesellschaftliche mit all ihren Kräften, mit Kreativität, Verantwortungsbewusstsein und Urteilskraft einsetzen.

Diese Einsicht gilt auch für moderne Unternehmen. Sie müssen sich einerseits im wirtschaftlichen Leistungswettbewerb bewähren. Andererseits stehen sie als Teil der Bürgerschaft in der Verantwortung für den regionalen Standort und das Gemeinwohl. Der Wert eines Unternehmens bemisst sich heute nicht nur am Kapitalertrag, sondern auch an sozialen Werten, am Sozialkapital. Deswegen wird zunehmend häufig danach gefragt, was ein Unternehmen als „Corporate Citizenship“ für die Belange der Gesellschaft tut. Unternehmensnahe Stiftungen können im Reformprozess sogar eine Vorreiterrolle einnehmen. Das Engagement der Bertelsmann Stiftung ist hier beispielhaft.

... wer die subsidiären Strukturen angreift, Ehrenamt in Frage stellt, Bildung beschneidet, soziale Beratungs- und Hilfseinrichtungen austrocknet, der untergräbt auf Dauer das Tragegerüst unserer Lebenswelt selbst.

Dr. Angela Merkel

Ethische Prinzipien für Unternehmen

Ebenso wird – und das ist notwendig für eine wissensbasierte Wirtschaft – immer mehr darauf geachtet, wie die Mitarbeiter in einem Unternehmen behandelt und gefördert werden. Die Motivation der Mitarbeiter wird heute zu einem entscheidenden Produktivitätsfaktor. In den Mitarbeitern, in den Bürgern stecken mehr Kräfte, als viele ahnen. Bisher allerdings, das ergaben Studien, vernachlässigen deutsche Unternehmen im Gegensatz zu den USA oder den skandinavischen Ländern ihre wichtigste Ressource, den Menschen. Nur ein Fünftel aller deutschen Unternehmen setzt innovative, mitarbeiterorientierte Organisationsformen ein. Der Großteil verschenkt dadurch beträchtliche Leistungssteigerungen. Zukunftsfähige wirtschaftliche Führung setzt deshalb konsequent auf Dezentralität, Flexibilität, flache Hierarchien, Kooperation, kulturelle Wandlungsfähigkeit, Motivation durch Zutrauen und Verwirklichung von Werten. Reinhard Mohn hat frühzeitig darauf hingewiesen, dass ethische Prinzipien wirtschaftlichen Unternehmenszielen nicht nachgeordnet, sondern substanzieller Teil dezentraler Unternehmensführung sind. Zu fördern sind deshalb Investitionen nicht nur in das Finanz-, sondern auch in das Bildungs- und Sozialkapital unserer Gesellschaft.

Neugier auf das Kommende

Die neue Soziale Marktwirtschaft zeigt dafür die ordnungspolitische Grundrichtung: das Prinzip Freiheit. Freiheit heißt Neugier auf das Kommende, Vielfalt der Wege statt Einheitslösungen. In diesem Sinn sollten wir alle Kräfte dafür mobilisieren, innovative Konzepte für eine veränderte

Welt zu entwickeln. Eine neue, zweite Gründerzeit ist gekommen. Aber zu ihr gehört mehr: Wir brauchen auch – vielleicht ist das sogar die schwierigere Aufgabe – den mentalen Wandel. Es gilt, mit neuem Wagemut, mit Begeisterungsfähigkeit und kraftvollem Pioniergeist die Veränderungen anzugehen. All denjenigen, die sich an alte Besitztümer klammern und den anstehenden Veränderungen ängstlich gegenüberstehen, sei deshalb ein Wort des französischen Literatur- und Nobelpreisträgers André Gide ans Herz gelegt: „Man entdeckt keine neuen Erdteile, ohne den Mut zu haben, altes Festland aus den Augen zu verlieren.“



Neue Wege der Bürgerbeteiligung suchen

Sinkende Wahlbeteiligung und wachsende Politikverdrossenheit – steuert unsere Gesellschaft auf eine Demokratie-Krise zu? Es ist Zeit zu handeln, meint Prof. Dr. Marga Pröhl, Leiterin des Themenfeldes Demokratie und Bürgergesellschaft der Bertelsmann Stiftung, und erläutert für das forum die Ziele und Schwerpunkte ihres Themenfeldes.



Die Themenfeldleiterin der Bertelsmann Stiftung, Prof. Dr. Marga Pröhl, setzt auf zeitgemäße Formen des bürgerschaftlichen Engagements.

Das Themenfeld Demokratie und Bürgergesellschaft wird in den nächsten Jahren in folgenden Schwerpunkten arbeiten:

- **Demokratische Werte und Bürgerbeteiligung:**
Die Bertelsmann Stiftung möchte einen Beitrag dazu leisten, dass sich mehr Bürgerinnen und Bürger gesellschaftlich engagieren wollen und auch die Möglichkeiten haben, ihre Bedürfnisse und Vorstellungen einzubringen.
- **Transparenz:**
Wir werden im kommenden Jahr zunächst die Bedeutung von Transparenz für die Ausgestaltung einer lebendigen Bürgergesellschaft praxisorientiert klären und dann mit Modellprojekten dort ansetzen, wo der größte Handlungsbedarf besteht.
- **Strukturreform und Qualifizierung der Akteure:**
Wir werden unsere Reformarbeit zum einen darauf ausrichten, der Politik beratend mit Vorschlägen für eine Reform der Entscheidungsstrukturen zur Seite zu stehen. Zum anderen werden wir uns dafür einsetzen, dass Politikern die qualifizierende Unterstützung zukommt, die sie zur Wahrnehmung ihrer anspruchsvollen Tätigkeit brauchen.

Demokratie lebt davon, dass sich die Bürger mit dem Gemeinwesen identifizieren und sich aktiv in die Gestaltung politischer Entscheidungsprozesse einbringen. Oder mit den Worten von Max Frisch: „Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen.“ Die Bürgergesellschaft, also eine Gesellschaft, in der Bürger sich kümmern und einmischen, dabei Solidarität und Gemeinsinn entwickeln, ist in Deutschland so lebendig wie nie zuvor. Das zeigt der von der Bundesregierung 1999 durchgeführte Freiwilligensurvey. Er belegt, wie groß das bürgerschaftliche Engagement in unserem Land ist.

Doch die Menschen engagieren sich zum großen Teil jenseits der etablierten gesellschaftlichen Strukturen; Kirchen, Vereinen und Parteien laufen die Mitglieder davon. Vor allem junge Menschen möchten sich nicht einbinden lassen in tradierte Formen des Engagements, die Verbindlichkeiten des Vereinslebens oder die Monotonie einer Parteidisziplin. Es besteht ein deutliches Missverhältnis zwischen einem großen – teilweise ungenutzten – Potenzial auf der einen und Möglichkeiten zur Beteiligung auf der anderen Seite. Letztere scheinen nicht mehr zeitgemäß zu sein und an konkreten Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger vorbeizugehen.

Im Themenfeld Demokratie und Bürgergesellschaft haben wir uns zum Ziel gesetzt, dass sich mehr engagierte und informierte Bürger in politische Entscheidungsprozesse einbringen können. Dazu gehört, beim Einzelnen demokratische Werte zu stärken und die Bereitschaft zur Beteiligung zu fördern; dazu gehört aber auch, staatliche Strukturen so zu verändern, dass Beteiligung überhaupt möglich wird. Denn heute erschwert oft ein Gewirr unterschiedlicher Verantwortlichkeiten die Identifikation von legitimen Einflussmöglichkeiten und setzt bürgerschaftlichem Engagement enge Grenzen.

Und zur Förderung von Demokratie und Bürgergesellschaft gehört die nachdrückliche Einforderung von Transparenz – seitens des Staates, aber auch z. B. der Wirtschaft oder der Medien. Denn Beteiligung wird erst durch Information möglich. Das Ideal des aufgeklärten Bürgers ist auch im 21. Jahrhundert noch nicht verwirklicht.

Autorin und Kontakt:

Prof. Dr. Marga Pröhl

☎ 0 52 41/81 81 144

🌐 www.bertelsmann-stiftung.de/

>> Themen/Demokratie und Bürgergesellschaft

✉ marga.pröhl@bertelsmann.de

Politikverdrossenheit als Herausforderung für die Kommunalpolitik

Immer weniger Bürger identifizieren sich mit zentralen politischen Institutionen wie Parteien und Parlamenten und verzichten auf ihr Wahlrecht. Im Herbst dieses Jahres gibt die Bertelsmann Stiftung eine Studie heraus, die untersucht, was sinkendes politisches Bürgerinteresse für unsere Demokratie bedeutet. Ein wichtiger Ansatz, dem Desinteresse an Politik zu begegnen, liegt in der Stärkung von Transparenz, Qualität und Bürgernähe der Kommunalparlamente, meint Stefan Grönebaum, Herausgeber der kommunalpolitischen Monatszeitschrift „Demokratische Gemeinde“. Für das forum skizziert er den Status quo und den Handlungsbedarf auf kommunalpolitischer Ebene, um das Engagement der Bürger wieder zu wecken.

Von Stefan Grönebaum

Hart beurteilen die Parteienforscher das Objekt ihrer früheren Begierde: „Entkeimt, ermattet, ziellos“ oder „Keine Lust mehr auf Parteien“ so charakterisieren sie die Interessenlage bei den Bürgern. Und die Fakten scheinen ihnen Recht zu geben: Seit Jahren nimmt die Parteibindung, neuerdings auch das politische Interesse in der Bevölkerung ab. Bei stabiler Zustimmung zur Demokratie verlieren Parteien und Politiker zunehmend das Vertrauen der Bürger, die Zahl der Parteimitglieder sinkt, immer weniger Jüngere, Frauen, „Zeitarme“ und sozial Aktive treten ein – sind Parteien also ein Auslaufmodell?

Dabei ist vor undifferenzierten Verdrossenheits- und Krisensynthesen zu warnen: Schon oft wurde Parteien allgemein und einigen speziell das Totenglöckchen geläutet. Vor dem Mitgliederschwund seit den 80ern gab es eine drastische Ausweitung, es gibt zunehmend neue Formen des Engagements in Bürgerinitiativen u.a. NGOs, die sich letztlich wieder an – Parteien wenden. Neue soziale Bewegungen wie globalisierungskritische und die Friedensbewegung bleiben

bisher die politische Alternative schuldig oder wenden sich direkt an die etablierte Politik. Und schließlich sind Parteien und Spitzen-Politiker umworben von den Medien, die ihre Absichten und Aktivitäten bis in den letzten Winkel der Republik vervielfältigen. Nein, man muss nicht den Zustand der Parteien begrüßen, um zu sehen, dass ohne sie derzeit wenig geht. Doch glauben immer mehr Bürger, dass auch mit Parteien wenig geschieht – etwa um dem Selbstlauf ökonomischer Sachzwänge, Umweltzerstörung, Krieg usw. zu begegnen. Parteien wirken derzeit den neuen Herausforderungen wenig gewachsen.

Bekannte Probleme

Ein Blick zurück zeigt indes, dass die Probleme der Parteien nicht neu sind: Der Einheitseuphorie folgte Katzenjammer in Ost und West, der 1993 seinen Höhepunkt fand: Der „Asylkonflikt“, die Erfolge rechtsextremer Parteien ließen – zusammen mit „Klüngel, Filz, Skandalen“ – „Politikverdrossenheit“ zum Wort des Jahres aufsteigen. Doch die Parteien einigten sich, Rot-Grün strebte zur Mitte, die Union saugte

die Rechtswähler auf, und nach der Führungskrise der SPD war das Parteiensystem spätestens 1996 wieder mit vier Parteien in zwei Lagern sowie einer ostdeutschen Regionalpartei stabilisiert. Es blieb gering fragmentiert, mit offenem Wettbewerb der Parteien, einer geringeren inhaltlichen Spannweite, großem Ost-West-Unterschied bei zunehmender Volatilität genau kalkulierender Wähler.

Seit 1998 schickte eine Reihe dramatischer Ereignisse und solcher, die von den Medien dramatisiert wurden, beide Lager auf eine Achterbahn-Fahrt: Unausgereifte Reformen, Unsicherheiten über den Regierungskurs, aber auch Affären sind hier die Ursachen. Als die ökonomische Lage sich 2001 verdüsterte, schien Rot-Grün verloren, nur mit der Antiflut- und Antikriegspolitik konnte „Medienkanzler“ Schröder das Blatt noch einmal wenden. Und die Kommunalpolitik vollzog alle diese medial verstärkten Wenden getreu mit.

Marktfähiger „Konzern Stadt“

Dabei sind die Bedingungen der Kommunalpolitik besonders schwierig: Sie gilt seit je als „am unparteiischsten“, hat aber seit den 70ern eine starke (Partei-)Politisierung erfahren. Mit der Folge von Ämterpatronage und Korruption, was ihren einst guten, d.h. parteifernen Ruf mit Affären wie der in Köln belastet. Sie ist die politisch und rechtlich schwächste aller politischen Ebenen und allen Schwankungen von oben ausgeliefert. Ihre Kompetenzen werden von Landesregierungen, Bund und EU durchlöchert statt gestärkt, die Aufgaben wachsen, die Finanzmittel nicht. Da zugleich die Erwartungen der Bürger hoch sind, ist Kommunalpolitik tendenziell permanent überfordert.

Dabei steht sie vor Herausforderungen auf vielen Ebenen: Politisch erwächst den Räten mit der Einführung der Direktwahl in den Oberbürgermeistern überlegene Konkurrenz. Die Bürger werden durch die Einführung direktdemokratischer Elemente gestärkt. Die Verwaltung hat auf Finanznot und Wettbewerbszwänge reagiert und baut mit dem neuen Steuerungsmodell betriebswirtschaftliche Elemente in ihr Steuerungssystem ein. So wird der „Konzern Stadt“ marktfähiger, aber für die Politik erst einmal weniger steuerbar. Vor allem hat die Wirtschaft als Investor im Standortwettbewerb eine unkritische Stellung gewonnen. Und für alle Akteure kommen Anforderungen durch die technologische Revolution hinzu – Stichwort E-Government.

So steht die (Kommunal-)Politik vor enormen Anpassungsaufgaben. Sie muss sich ändern, muss handlungsfähig bleiben oder werden: Durch Qualifizierungsmaßnahmen, Konzentration auf Kernprobleme und Entwicklung geeigneter Steuerungsmittel muss sie zeitgemäß werden. Kommunalpolitik ist auf selektive Bündnisse mit anderen politischen

Ebenen (Bund-Länder-Programme) sowie selektive Kooperation mit anderen Kommunalpolitikern (interkommunale Kooperation) und anderen gesellschaftlichen Gruppen (von der Aktivierung des Bürgerengagements bis zur Public Private Partnership) angewiesen.

Wege zur Lösung

- Auf der Binnenebene ist die Qualifizierung der ehrenamtlichen Kommunalpolitik so unabdingbar wie ein halbwegs professionelles Personalmanagement.
- Team- und Öffentlichkeitsarbeit sowie strategisches Controlling und Management verhindern das frustrierende Versinken im Tagesgeschäft.
- Die Bündelung von Ressourcen, das Überschreiten von Ressortgrenzen und Kooperationen mit Kommunen und gesellschaftlichen Partnern überwinden altes Kirchturmsdenken.
- Gefragt ist eine intelligent-flexible, effizienzorientierte und leistungsprämierte Staatsklasse, die die Unterschiede zwischen den Sektoren respektiert und emphatisch moderiert: Sie muss zugleich dafür sorgen, dass bei den Bündnissen zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft neben ökonomischen auch ökologische und soziale, kurz: nachhaltige Ziele nicht zu kurz kommen.

All das ist nicht sofort und umsonst zu haben: Am Anfang steht der feste Wille zur Veränderung zuerst bei sich selbst. Ansätze wie die Kommunalakademie der SPD oder die parteiübergreifenden Projekte POLIS und CIVITAS – Projekte der Bertelsmann Stiftung – müssen von einer Mehrheit der Kommunen aktiv aufgegriffen und auf höheren Ebenen unterstützt werden, z.B. beim Thema Bürgerengagement mit Steuerhilfen, Stiftungsrecht, Freiwilligenagenturen etc. Andernfalls werden die Kommunalpolitiker zum Igel, dem die Wirtschaft überall zuruft: „Ick bün all do“. Und viele Bürger fürchten schon, dass „alte“ Politik zu stark vermeintliche Sachzwänge des flexiblen Kapitalismus nachvollzieht, statt diesen ebenso flexibel zu nutzen und intelligent zu gestalten. Dabei sagen uns Weltbank und Deutsche Bank, dass mit der Globalisierung die Spielräume fürs Lokale wachsen. Nutzen wir sie endlich.

Kontakt:

Dr. Andreas Osner

☎ 0 52 41/81 81 280

🌐 www.politikreform.de

✉ andreas.osner@bertelsmann.de





Hildopoly – kommunaler Haushalt kinderleicht

Hand aufs Herz: Wissen Sie, wie viel Ihre Stadt jährlich für die Stadtreinigung ausgibt? Oder für Kindergärten und Schulen? Friedhofspflege? Blumenampeln und Weihnachtsschmuck? Und wissen Sie, welche Produkte und Dienstleistungen das Bauamt im Portfolio hat? Das Ordnungsamt? Das Stadtmarketing? Und viel wichtiger noch: Wissen Sie, wie hoch der Haushalt Ihrer Stadt ist – und ob er ausgeglichen ist? Bei einem Monopoly-Spiel ganz besonderer Art bekamen die Bürger der Stadt Hilden Antworten auf diese Fragen.

An einem Samstag Ende Februar 2002 haben mehrere Hundert Hildener Bürger zusammen mit ihrer Stadtverwaltung Hildopoly gespielt. Im Rahmen des Projektes „Kommunaler Bürgerhaushalt“ der Bertelsmann Stiftung und des Innenministeriums NRW hat die Stadt Hilden sich, ihre Fachabteilungen und ihren Haushalt präsentiert und mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Der Ort: die Turnhalle am Bandsbusch. Die Idee: der Hallenboden als Monopoly-Spielplan mit Spielfeldern Stadtwerke Hilden GmbH oder Wirtschaftsförderung anstelle von Badstraße oder Schlossallee.

Kuschelkaninchen und harte Fakten

Die einzelnen Hildopoly-Spielfelder waren jeweils mit einem weißen Party-Pavillon bestückt. Jede Fachabteilung, daneben aber auch von der Stadt geförderte Vereine, wie z. B. die Drogenhilfe, und Geldgeber, wie die Stadtparkasse Hilden, hatte einen solchen Pavillon zur Verfügung, um sich, ihre Leistungen sowie Einnahmen und Ausgaben darzustellen. Und dies taten sie einfalls- und abwechslungsreich. So hatte das

Jugendamt einen echten Katamaran in die Halle geschleppt, um damit für das umfangreiche Freizeitprogramm, aber auch das Hildener Jugendparlament zu werben – natürlich nicht, ohne die damit verbundenen Kosten offen zu legen. Die Freizeitgemeinschaft für Behinderte und Nicht-Behinderte e. V. hatte kuschelige Kaninchen aus einem pädagogischen Abenteuerspielplatz- und Bauernhof-Projekt im Gepäck, aber auch die nüchternen Zahlen dazu: „Wussten Sie, dass wir pro Jahr pädagogische Angebote für ca. 19 200 Besucher Kinder durchführen und dass Sie das als Hildener Bürger durchschnittlich 4 Cent pro Jahr kostet?“ ließ ein Schild die interessierten Hildener wissen.

Schon vor der Turnhalle waren zur großen Freude der Kinder Rettungswagen, Feuerwehrauto und Müllfahrzeug aufgeföhren – auch diese versehen mit großen Preisschildern. Hier auf konnten Eltern oder Großeltern zu ihrem Erstaunen lesen, dass ein Feuerwehrauto 259 440,27 Euro kostet und ein Müllauto im jährlichen Unterhalt die Stadtkasse mit immerhin 53 000 Euro belastet.

„Gehen Sie über Los und ziehen Sie 4 000 Euro ein!“ Diesen Platz hatte sich die Stadtkämmerei reserviert und hier eine große Holzwaage aufgebaut, die – in Hilden (noch) ausgewogen – das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben vor Augen führte. Während Opa sich die einzelnen Säckchen in der Waagschale „Einnahmen“ genauer anschaute, „So wenig Gewerbesteuerereinnahmen ...?“, zog der Enkel neugierig an der großen Waagschale und sorgte so handgreiflich für ein sattes Plus in der Stadtkasse, bevor er sich, mit Oma im Schlepptau, am Stand der Baumaßnahmen das TV-Kontrollsystem für Rohre, eine auf einen kleinen ferngesteuerten Wagen montierte Kamera, in Aktion anschaute.



Anschauliche Informationen über Ausgaben und Aufgaben und deren Verteilung in ihrer Stadt bekamen die Hildener Bürger bei der Hildopoly-Aktion im Rahmen des Projekts „Kommunaler Bürgerhaushalt“



Standpunkt: mehr Mut zur Bürgerkonsul- tation in Haus- haltsfragen

Oliver Haubner, bei der Bertelsmann Stiftung für das Projekt Kommunaler Bürgerhaushalt zuständig, warnt vor dem Sparen am falschen Ende.

Um die kommunalen Finanzen – nicht nur in NRW – war es nie so schlecht bestellt wie derzeit. Und auch die weiteren Aussichten sind alles andere als erfreulich. Trotzdem sollte bei der Bürgerbeteiligung nicht gespart werden, meint Oliver Haubner, Projektmanager im Themenfeld Demokratie und Bürgergesellschaft.

Angesichts der bekanntlich leeren Kassen in Städten und Gemeinden rückt das Projekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ zunehmend in das Interesse der Öffentlichkeit. Aber es mehren sich auch Stimmen, die Ziel und Zweck des Bürgerhaushaltes kritisch hinterfragen – schließlich ist das Projekt der Bertelsmann Stiftung und des Landes NRW für die Kommunen nicht zum Nulltarif zu haben. Aktionen wie „Hildopoly“ kosten Geld. Daher wundert es nicht, wenn die Frage oft gestellt wird. „Sollen wir einen Bürgerhaushalt machen? Wir haben doch eh nichts mehr zu verteilen!“ Darauf kann die Antwort nur heißen: Gerade jetzt sind Politik und Verwaltung darauf angewiesen, die Verwendung der immer knapper werdenden Ressourcen mit den Bürgern zu diskutieren, denn nur so entwickeln sie Verständnis für die Kommunalpolitik und wenden sich nicht frustriert oder resigniert ab.

Bürgerinteresse spielerisch wecken

Und so gab es für jeden etwas: Die Kinder waren begeistert von einer echten Feuerwehr-Uniform zum Anfassen oder vergnügten sich in der Kinderspielecke, während Eltern und Großeltern sich in aller Ruhe über den Haushalt ihrer Stadt informieren konnten. Die Jugendlichen – sonst trockenen kommunalpolitischen oder gar finanzpolitischen Themen eher abgeneigt – wurden durch ein lockeres Rahmenprogramm mit Live-Musik und Breakdance-Gruppen zum Hildener Bürgerhaushalt in die Turnhalle gelockt. Gulaschsuppe am Stand der AWO, frisch gebackene Waffeln und selbstgemachter Kuchen am Stand der städtischen Kindergärten taten ein Übriges: Der Charakter fast schon eines Volksfestes für die ganze Familie verursachte großen Andrang; die kreative Präsentation der Haushaltsdaten sorgte für lebhaftere Diskussionen zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den an den Ständen anwesenden Mitarbeitern.

Bürger als Teil des Verfahrens

Gelungenes Infotainment, um die Bürgerinnen und Bürger für ein wichtiges Thema zu interessieren. Hildopoly ist im Rahmen des Hildener Bürgerhaushaltes allerdings nur ein erster Schritt. Denn Ziel ist nicht lediglich die Information der Bürgerinnen und Bürger, sondern das Aufnehmen von Anforderungen und Anregungen. Das stellte Bürgermeister Günter Scheib schon bei der Eröffnung klar: „Sie sind heute Teil des Verfahrens. Wir erwarten von Ihnen Vorschläge für die Gestaltung des Haushaltes.“ Dazu wurde jedem Hildopoly-Mitspieler gewissermaßen als Spieleinsatz ein kurzer Fragebogen ausgehändigt mit der Möglichkeit, Verbesserungsvorschläge oder „Ihre Sparidee für den Haushalt 2003“ anzugeben. Alle diese Ideen werden bei den Haushaltsberatungen mit dem Rang einer Eingabe einer Ratsfraktion behandelt werden. Damit haben die Hildener in diesem Jahr erstmals Gelegenheit, direkten Einfluss zu üben auf den Haushaltsplan ihrer Stadt. Schließlich geht es um ihr Geld! Wie gut kennen sie den Haushalt ihrer Stadt? *gvo*

Kontakt:

Oliver Haubner

☎ 0 52 41/81 119

🌐 www.buergerhaushalt.de

✉ oliver.haubner@bertelsmann.de

Die Politik fühlt sich von der Informationsfreiheit überfordert

Meinungsfreiheit gehört zu den Grundlagen der Demokratie. Zur Meinungsbildung brauchen sowohl Journalisten als auch Bürger Informationen aus Quellen, die sie im Zweifelsfall selbst recherchieren können. Noch hat Deutschland auf Bundesebene kein Gesetz, das das Recht auf ungehinderten Zugang zu Informationen garantiert. Die Debatte um die Einführung eines solchen Gesetzes bewegt sich im Spannungsfeld von Datenschutz, dem Schutz von Geschäftsgeheimnissen und Transparenz. Die Bertelsmann Stiftung treibt diese Debatte, die immer wieder ins Stocken zu geraten droht, voran: u.a. mit der Formulierung von Anforderungen an ein solches Gesetz, die auf der Grundlage einer gemeinsamen Analyse mit der Europäischen Akademie für Informationsfreiheit (IFG) und dem Datenschutz definiert wurden.

Von Thomas Leif und Ingmar Cario

1998 wurde erstmals das Ziel einer bundesdeutschen Regierung verankert, die Verwaltung des Bundes für die Bürger transparenter zu gestalten. In der Koalitionsvereinbarung hieß es: „Durch ein Informationsfreiheitsgesetz wollen wir unter Berücksichtigung des Datenschutzes den Bürgerinnen und Bürgern Informationszugangsrechte verschaffen.“ Es blieb bei der Absichtserklärung.

Der von Bundesinnenminister Otto Schily im Sommer 2001 vorgelegte Entwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz griff bereits in den entscheidenden Punkten zu kurz und ließ weiten Spielraum für Interpretationen, die zu einer restriktiven Handhabung geradezu einluden. So sollte nach den Plänen Schilys der Anspruch auf Zugang zu Informationen entfallen, wenn der „Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung berührt“ werde oder wenn es um Informationen aus „laufenden Verwaltungsverfahren“ gehe. Dies wäre widersinnig gewesen, da Verwaltungshandeln immer „exekutive Eigenverantwortung“ tangieren kann und die Bürger sich natürlich gerade für die Vorgänge interessieren, auf die sie noch Einfluss nehmen können.

Fehlende Fristenregelung

Der Entwurf von Schilys Referenten sah keine Zeiträume vor, innerhalb derer die Anträge von Bürgern hätten bearbeitet werden müssen. Die meisten Informationen sind jedoch nur hilfreich, wenn man sie schnell und unkompliziert bekommt. Erschwerend kam außerdem hinzu, dass der vorgesehene Höchstsatz für Auskünfte bei 1000 DM zuzüglich Auslagen lag – eine durchaus wirksame Regelung, um Auskunftsbegehren abzuwehren. Trotz dieser weitgehenden Einschränkungen der Informationsfreiheit ging der Entwurf des Bundesinnenministers seinen Kollegen noch zu weit. Er scheiterte schließlich am Widerstand des Finanz-, Verteidigungs- und Wirtschaftsministeriums und an der Lobbyarbeit des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).

Die Fraktionen von SPD und Grünen sahen sich außerstande, den Bedenken der Ministerien entgegenzuwirken, und verzichteten auf die Verabschiedung des Gesetzes in der vergangenen Legislaturperiode.

>>>



Die Autoren Dr. Thomas Leif (links), Chefreporter beim SWR Rheinland-Pfalz, und Ingmar Cario, freier Journalist, sind Mitglieder im Netzwerk Recherche, das auf die Einführung des IFG dringt. Sie sehen weniger im Datenschutz als im Lobbyismus die Gründe, warum das Informationsfreiheitsgesetz in Deutschland im Gegensatz zum europäischen Ausland bislang nicht verwirklicht wurde.



Der Bund hinkt mit seiner verzagten Politik den SPDgeführten Bundesländern Schleswig-Holstein, Brandenburg, Berlin und Nordrhein-Westfalen weiter hinterher. Diese verfügen bereits über Informationsfreiheitsgesetze und öffnen ihre Aktenschranke bei allen Belangen, die von öffentlichen Stellen bearbeitet werden. Das Informationsrecht erstreckt sich auf die Unterlagen der Landesbehörden genauso wie auf die Akten und Computerdateien der Kreisverwaltungen oder der Gemeinden. Gemeinsam ist den vier Landesgesetzen, dass sie die Geheimhaltung amtlicher Akten und Datensammlungen von der Regel zur begründungsbedürftigen Ausnahme machen. Die Antragsteller brauchen ihre Anliegen also nicht zu begründen und folglich keine eigene Betroffenheit bei ihrem Informationswunsch nachzuweisen. Allerdings ist auch hier der Anspruch auf Informationsfreiheit eingeschränkt. Dies betrifft die Belange der Landesverteidigung, der Strafverfolgung, den Schutz von Geschäftsgeheimnissen und die Vertraulichkeit von nicht abgeschlossenen behördlichen Entscheidungsprozessen.

Tradition der Amtsverschwiegenheit brechen

Die Vorteile, die ein Informationsfreiheitsgesetz nicht nur den Bürgern, sondern insbesondere auch Journalisten für ihre Arbeit bringt, sind nach wie vor nur wenigen Medienschaffenden bekannt. Aus journalistischer Sicht ist das Informationsfreiheitsgesetz wichtig, weil es die deutsche Tradition der „Amtsverschwiegenheit“ von der Regel zur begründungsbedürftigen Ausnahme macht und damit zu einem generellen Klima der Offenheit beiträgt. Diese Umkehrung ist überfällig, weil Journalisten immer wieder durch verschlossene Behördenvertreter bei der Recherche behindert werden. Das fehlende Wissen der Journalisten um Relevanz und Nutzen eines Informationsfreiheitsgesetzes für die Bürger und die eigene Arbeit führte zu einer mangelnden Berichterstattung. Das IFG fand nach seiner Einführung in Nordrhein-Westfalen Anfang 2002 kaum Resonanz in den Medien – mit der Folge, dass bislang nur wenige Bürger die Möglichkeit zur Akteneinsicht genutzt haben. Das mangelnde Interesse der Bürger wiederum beflügelt das Desinteresse der Politik an der Umsetzung der Informationsfreiheit.

Informationstransparenz als Mittel gegen Korruption

Wie wichtig die Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes wäre, zeigt sich beim Blick auf das Korruptionsranking der Anti-Korruptionsorganisation Transparency International (TI), die von der Bertelsmann Stiftung im vergangenen Jahr mit dem Carl Bertelsmann-Preis ausgezeichnet wurde. Im vergangenen Jahr belegte Deutschland hier lediglich den 18. Platz. Aus diesem Grund fordert auch TI die rasche Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes. Staaten wie die skandinavischen Länder, die bereits über ein IFG verfügen und Transparenz im staatlichen Handeln zeigen, schneiden im Vergleich deutlich besser ab, verfügen also über signifikant weniger Korruption.

Die Einführung eines bundesweiten Informationsfreiheitsgesetzes hätte Signalwirkung auch für die Bundesländer, die sich bislang hartnäckig der Informationsfreiheit verweigern. Auf die Einführung eines bundesweiten Gesetzes gilt es daher, die Kräfte von Gewerkschaften, Verbänden und NGOs zu richten. Die Voraussetzungen dafür sind besser geworden. Zum einen haben die Grünen, die seit jeher ein IFG befürworten, durch die Bundestagswahl 2002 ihre Position in der Regierung gestärkt, zum anderen sitzt mit Wolfgang Clement ein Minister an der Spitze des Wirtschaftsministeriums, in dessen Regierungszeit in Nordrhein-Westfalen die Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes fiel.

Die Tatsache, dass Deutschland zusammen mit Luxemburg bei der Informationsfreiheit das Schlusslicht in der EU ist, sollte daher nicht Anlass zur Resignation geben, sondern als Chance begriffen werden. Da aus praktisch allen westlichen Ländern bereits Erfahrungen mit Informationsfreiheitsrechten vorliegen, bietet sich die Möglichkeit, darauf aufzubauen und die bewährten Regeln zu übernehmen, um ein bürgerorientiertes und journalistenfreundliches Gesetz zu schaffen. Doch ohne besonderen Einsatz der Befürworter einer aktiven Bürgergesellschaft wird sich nichts ändern.

Kontakt:

Dr. Thomas Hart

☎ 0 52 41/81 81 328

🌐 www.begix.de/informationsfreiheit

✉ thomas.hart@bertelsmann.de





*Mitentscheiden und mitgestalten:
Die Viernheimer Bürgerinnen und
Bürger wollen mehr Transparenz bei
politischen Prozessen, damit sie ihre
Ideen und ihre Tatkraft gezielt ein-
bringen können.*

Die „Lokale Demokratiebilanz“ am Beispiel der Stadt Viernheim

Wie demokratisch sind wir?

Überraschend viele Bürger würden sich gern für das Gemeinwohl engagieren und an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Bürgerbefragung in der hessischen Stadt Viernheim. Viernheim ist Pilotkommune für das erste Modellvorhaben „Lokale Demokratiebilanz“ in Deutschland, einem Projekt der Bertelsmann Stiftung und der Stiftung Mitarbeit.

Von Beate Ramm, freie Journalistin, Oldenburg

„Wir brauchen zwar die repräsentative Demokratie“, sagt der Viernheimer Bürgermeister, Matthias Baaß, „aber gleichzeitig auch Strukturen, die es ermöglichen, dass Bürger sich besser einbringen können.“ Mitarbeiter in der Verwaltung sollen dazu motiviert werden, Bürgerbeteiligung nicht als leidige Pflicht, sondern als willkommene Ressource in ihr Denken und Arbeiten zu integrieren. Denn selbst in Viernheim, als CIVITAS-Mitglied eine Art Vorzeige-Kommune für Bürgerorientierung, fehlt offenbar vielen Menschen das Gefühl, in Kommunalpolitik und Stadtentwicklung wirklich etwas bewegen zu können.

Aktive Viernheimer

Die meisten Viernheimer finden, dass sich die Menschen in ihrer Stadt sehr aktiv in freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeiten einbringen. Zusätzlich zu den vielen Menschen (43 Prozent), die sich bereits in irgendeiner Form engagieren, erklärte sich mehr als ein Drittel (!) der Befragten bereit, neu oder erstmalig eine ehrenamtliche Aufgabe zu übernehmen. Nicht zufrieden sind die Befragten mit den bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten an kommunalen Planungs- und Ent-

scheidungsprozessen in ihrer Stadt. Mehr als zwei Drittel der Befragten erachten solche Möglichkeiten jedoch als wichtig.

Zurückhaltung in der Lokalpolitik

Durch etablierte Politikformen lässt sich das große Mitwirkungspotenzial in der 34 000-Einwohner-Stadt offenbar nicht aktivieren. Die Beteiligung an den Kommunalwahlen war 2001 mit 45 Prozent eklatant niedrig. Insbesondere junge Leute kennen keinen einzigen Stadtverordneten. Fast Dreiviertel aller Befragten fühlen sich durch den Stadtrat nur „teilweise“ gut vertreten und über seine Arbeit auch nur „teilweise“ gut informiert.

Die Tatsache, dass die Menschen einerseits mehr Einfluss fordern, sich andererseits aber nicht an den klassischen demokratischen Meinungsbildungsprozessen beteiligen – beispielsweise in den Parteien –, signalisiert Handlungsbedarf: Wie müssen die Strukturen beschaffen sein, die zur Mitwirkung motivieren? Dies ist die zentrale Frage der „Lokalen Demokratiebilanz“.

>>>

Kommunikationskultur verbessern

Als CIVITAS-Kommune und Mitglied im „Gesunde-Städte-Netzwerk“ hat Viernheim eine beispielhafte Selbsthilfe- und Freiwilligenkultur etabliert. Dennoch wissen nur etwas mehr als die Hälfte der Menschen, die für die „Lokale Demokratiebilanz“ befragt wurden, dass die Stadt ehrenamtliches Engagement fördert. Information, Kommunikation und Transparenz, so die Schlussfolgerung, sind für ein gesundes Demokratie-Klima von zentraler Bedeutung. Die Frage ist, wie eine bessere Beteiligungskultur hergestellt werden kann. Dazu sagt Bürgermeister Matthias Baaß: „Wir müssen - in der Verwaltung und auch in den Parteien - die Entscheidungswege offen legen und nicht in internen Kreisen verhandeln.“

Bestandsaufnahme und Ideensuche in allen Verwaltungsressorts

Zweites Standbein der „Lokalen Demokratiebilanz“ ist eine Selbstbewertung der Verwaltung in Sachen Bürgerbeteiligung (Verwaltungsenquete). In Viernheim wurden Mitarbeiter der Stadtverwaltung in zehn Workshops für die Thematik sensibilisiert und zu eigenen Ideen bei der Umsetzung angeregt. Ein weitreichender Vorschlag war beispielsweise, ein Bürgergremium einzurichten, das über die Verteilung finanzieller Mittel mitbestimmt. Mitarbeiter des Sozialamtes schlugen vor, Treffs einzelner Interessengruppen als Brücke zwischen Amt und Hilfe Suchenden einzurichten.

Vorbehalte in der Verwaltung abbauen

Generell stellen Mitarbeiter in der Verwaltung fest, dass die Bürgerinnen und Bürger selbstbewusster und fordernder als früher auftreten. Ihnen mehr Rechte und Möglichkeiten einzuräumen, nährt unter den Verwaltungsangehörigen Ängste vor Basisdemokratie und Machtverlust. Diese Sorge ist insbesondere in Verwaltungseinheiten verbreitet, die bisher wenig Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung gemacht haben. Hier sind Supervision und Fortbildung vonnöten. „Der Bürger denkt vernünftig und sparsam“, fasst Bürgermeister Matthias Baaß seine positiven Erfahrungen aus konkreten Projekten zusammen. Transparente Verwaltungsentscheidungen lösten Vorbehalte auf und führten dazu, dass die Bürger sich mit dem Ergebnis identifizieren können.

Neue Formen des Engagements finden

Zur Zeit werden die Ergebnisse der Viernheimer „Lokalen Demokratiebilanz“ in der Stadt diskutiert und bewertet. Danach soll ein Katalog mit Handlungsempfehlungen für die Stadt erstellt werden. Parallel wird bereits an der Umsetzung gearbeitet. Erster Schritt war ein „Markt der Möglichkeiten“ am 22. März 2003, einer Art Jobvermittlungsbörse im Ehrenamt. Sie wandte sich insbesondere an die rund 500 Personen, die



Das CIVITAS-Netzwerk

Das CIVITAS-Netzwerk bürgerorientierter Kommunen in Deutschland ging 1999 aus dem Wettbewerb der Bertelsmann Stiftung „Bürgerorientierte Kommune - Wege zur Stärkung der Demokratie“ hervor. Die Bertelsmann Stiftung arbeitet gemeinsam mit den CIVITAS-Kommunen an Strategien zur Förderung von Bürgergesellschaft und Stärkung der lokalen Demokratie. Wie lässt sich das große Mitwirkungspotenzial in der Bevölkerung aktivieren? Auf diese Frage will die „Lokale Demokratiebilanz“ Antworten finden. Zwei wichtige Elemente sind die Bürgerbefragung und die Bestandsaufnahme innerhalb der Verwaltung. Sie geben Auskunft über den Stellenwert von Bürgerorientierung und -beteiligung in der jeweiligen Kommune. Das Instrumentarium stammt aus Skandinavien und wurde auf Deutschland übertragen. Die Ergebnisse münden in Handlungsempfehlungen für ein besseres Demokratie-Klima vor Ort, getragen von Kommunalpolitik und -verwaltung, Vereinen, Verbänden und Bürgergruppen. Nach zwei bis drei Jahren wiederholt, lässt sich durch die „Lokale Demokratiebilanz“ der Fortschritt messen.

namentlich ihr Interesse bekundet hatten, sich ehrenamtlich zu engagieren. Zehn von ihnen konnten bereits in ein Mentorenprojekt vermittelt werden, das Jugendlichen nach dem Schulabschluss hilft, den Einstieg ins Berufsleben zu finden - ein Engagement mit hoher Erfolgsquote.

Auch die Städte Heidelberg, Solingen, Leipzig und die bayerische Gemeinde Weyarn haben eine „Lokale Demokratiebilanz“ begonnen und erste Schritte durchgeführt. Weitere Kommunen werden dem Beispiel folgen. Die Bertelsmann Stiftung strebt an, dass ihr Modellprojekt deutschlandweit Schule macht und das Konzept langfristig dazu beiträgt, dass die lokale Verantwortungsgemeinschaft gestärkt wird und Bürgerinnen und Bürger die Stadtentwicklung aktiv mitgestalten.

Kontakt:

Dr. Heidi Sinning

☎ 0 52 41/81 81 563

🌐 www.buergerorientierte-kommune.de

✉ heidi.sinning@bertelsmann.de



Rührt die Werbetrommel : George Hepburn, Geschäftsführer der größten europäischen Bürgerstiftung, hat Erfahrung darin, wie man bürgerschaftliches Engagement wirkungsvoll aktiviert.

Die Erfolgsstory der größten europäischen Bürgerstiftung



Bürgerstiftungen brauchen professionelles Management

Die Community Foundation serving Tyne & Wear and Northumberland ist Mitglied im „Transatlantic Community Foundation Network“ (TCFN) und war Gastgeberin der diesjährigen Plenumskonferenz, die Ende März 2003 in Newcastle im Nordosten Englands stattfand.

Die Community Foundation serving Tyne & Wear and Northumberland ist die größte europäische Bürgerstiftung. Gegründet 1988, war sie eine der ersten britischen Bürgerstiftungen. Ihr Einzugsgebiet umfasst 1,5 Millionen Bewohner – mit der City of Newcastle im Mittelpunkt. Großbritannien ist das europäische Pionierland der Bürgerstiftungsbewegung, dort gibt es derzeit 31 „Community Foundations“ plus 33 Gründungsinitiativen. Alle englischen Bürgerstiftungen verfügten 2002 über ein Vermögen von umgerechnet 137 Millionen Euro und vergaben Fördermittel in Höhe von 33 Millionen Euro.

Als Stiftungen von Bürgern für Bürger sind sie durch ihre Unabhängigkeit und Flexibilität wie kaum eine andere Institution geeignet, bürgerschaftliches Engagement zu mobilisieren und eine Vielfalt gemeinnütziger Aktivitäten auf lokaler Ebene zu fördern. Die Bürgerstiftung hilft Bürgern und ortsansässigen Firmen, ihre Spenden zielgerichtet in Lösungen für das Gemeinwesen umzusetzen. Ihr Vorteil besteht in ihrer Unabhängigkeit: Ihre Ausgaben werden aus den Erträgen ihres Kapitals gedeckt.

Vermögen und Bekanntheitsgrad erhöhen

Die Erfolgsgeschichte der Community Foundation serving Tyne & Wear and Northumberland begann 1991 mit einem sogenannten „Challenge Grant“-Wettbewerb der amerikanischen C. S. Mott Foundation. Die in Newcastle ansässige Stiftung war unter den Siegern: In zwölf Monaten gelang es ihr, 3 Millionen britische Pfund einzuwerben. Hierfür erhielt sie als Auszeichnung zusätzlich 1 Million britische Pfund von der Mott Foundation. Mit diesen Mitteln konnten die ersten Förderprogramme angegangen werden. Hierdurch wuchs die Bekanntheit der Bürgerstiftung, und neue Zustiftungen konnten akquiriert werden. Das Vermögen stieg schnell von 4,45 Millionen Euro auf 10,4 Millionen Euro im Jahr 1996. Gegenwärtig vereint die Community Foundation serving Tyne & Wear and Northumberland unter ihrem Dach über 100 unselbstständige Stiftungen und weist ein Gesamtvermögen von 36 Millionen Euro auf.

Gerade für Bürgerinnen und Bürger, die nur kleine Beträge spenden wollen, bieten Bürgerstiftungen eine hervorragende Möglichkeit, eine aktive Rolle für das Gemeinwohl zu übernehmen, indem sie sich ehrenamtlich in Projekten engagieren. Auf diese Weise kann, wie zahlreiche Beispiele zeigen, häufig auch mit wenig Geld große Wirkung erzielt werden.

George Hepburn, Geschäftsführer der erfolgreichen Community Foundation Tyne, Wear Northumberland, sieht die Servicebereitschaft „seiner“ Stiftung als einen Baustein des Erfolges.



Interview mit Stiftungspionier George Hepburn

Als langjähriger Geschäftsführer hat George Hepburn maßgeblichen Anteil am erfolgreichen Aufbau der Community Foundation serving Tyne & Wear and Northumberland. Seit dem Jahr 2000 ist er zugleich Vorsitzender des „Community Foundation Network“ (CFN), der Dachorganisation der Bürgerstiftungen im Vereinigten Königreich. Das forum sprach mit George Hepburn über die wachsende Bedeutung von Bürgerstiftungen.

Was waren die entscheidenden Faktoren für den Erfolg der Community Foundation serving Tyne & Wear and Northumberland?

Angelehnt an das Motto aller Immobilienmakler lautet die Antwort: „Die Lage, die Lage, die Lage.“ Der Nordosten Englands hat schon seit jeher ein starkes Zusammengehörig-

keitsgefühl. Die Mehrzahl unserer Stifter und Spender haben Familien, deren Wurzeln lange in die Region zurückreichen. Zusätzlich war die Bürgerstiftung Tyne and Wear ihrer Zeit immer ein Stück voraus, da sie rechtzeitig in professionelles Personal investiert hat.

Welche Rolle spielen Bürgerstiftungen im Vereinigten Königreich?

In über 90 Prozent des Vereinigten Königreiches sind Bürgerstiftungen aktiv. Sie haben inzwischen einen sehr guten Ruf als lokale und regionale Förderorganisationen. Mehr und mehr wachsen Bürgerstiftungen auch in ihre Rolle als kompetente Dienstleisterinnen für Stifter und Spender hinein. Sie kümmern sich um alle administrativen Belange und überlassen dem Stifter die Freiheit der Projektauswahl. Unser persönlicher Service lässt somit „Stifter-Träume wahr werden“.

Welche Bedeutung hat der internationale Erfahrungsaustausch zwischen Bürgerstiftungen, und inwiefern hat die Bürgerstiftung in Newcastle von der Teilnahme am TCFN profitiert?

Durch das Netzwerk habe ich Kontakt mit vielen interessanten Persönlichkeiten auf beiden Seiten des Atlantik. Ich bin dankbar, mehr über das Potenzial von Bürgerstiftungen in unterschiedlichen Nationen und Gesellschaftsformen zu lernen. Mein Job kann manchmal sehr einsam sein, aber durch TCFN habe ich die unschätzbare Chance, von erfahrenen Kollegen zu lernen. Ich bin stolz darauf, Mitglied einer internationalen und rasch wachsenden Bürgerstiftungs-Gemeinschaft zu sein. Die Erfahrungen des diesjährigen TCFN-Plenums-treffens in Newcastle haben mich darin bestärkt, dass der transatlantische Erfahrungsaustausch auf der Ebene der Bürgergesellschaft heute wichtiger ist denn je.

Wo sehen Sie ihre Stiftung und die internationale Bürgerstiftungsbewegung in zehn Jahren?

Beeindruckend finde ich die Begeisterung der amerikanischen Bürgerstiftungen, schon allein wegen ihrer signifikanten Vermögenswerte. Dies bestärkt mich in unserem ehrgeizigen Ziel, auch bei uns das Stiftungswesen weiterzuentwickeln. Aber dies ist nur der Anfang. Bürgerstiftungen können eine wichtige Rolle auf lokaler Ebene spielen, wenn sie ihre Ressourcen und Möglichkeiten vernünftig einsetzen. Wir können hierbei viel von den jungen Bürgerstiftungen in Mittel- und Osteuropa lernen, die alle Akteure an einen Tisch, und so die Menschen einander näher bringen.

Autor:

Karim Chätti

Kontakt:

Peter Walkenhorst

☎ 0 52 41/81 81 172

🌐 www.tcfn.efc.be

✉ peter.walkenhorst@bertelsmann.de



Bürgerstiftungen im Aufwind

Reinhard Mohn, der die Stadtstiftung Gütersloh mit initiiert hat, wertet Bürgerstiftungen als Ausdruck gelebter Demokratie. Hier sieht er die Bürgergesellschaft tatkräftig verwirklicht und das Subsidiaritätsprinzip eingelöst. Gerade in Zeiten knapper Kassen verbessern Bürgerstiftungen die Lebensqualität in Städten und Gemeinden und können flexibel und unbürokratisch agieren. Die Bertelsmann Stiftung unterstützt mit verschiedenen Projekten die Professionalisierung von Bürgerstiftungen, sowohl im Inland als auch im internationalen Rahmen. Zusammen mit der amerikanischen C. S. Mott Foundation hat sie 1999 das Transatlantic Community Foundation Network (TCFN) initiiert, zu dem 46 Repräsentanten erfolgreicher Bürgerstiftungen aus Europa, Kanada, Mexiko und den USA gehören.



Neuerscheinungen zum Thema Demokratie und Bürgergesellschaft

auf Worte folgen Taten

Hrsg.: Bertelsmann Stiftung

Mehr als 1300 Initiativen aus ganz Deutschland hatten sich im vergangenen Jahr für den Wettbewerb zur Integration von Zuwanderern beworben, der von Bundespräsident Johannes Rau und der Bertelsmann Stiftung gemeinsam ausgerichtet worden war. Der von der Stiftung herausgegebene Band mit dem Titel „Auf Worte folgen Taten“ dokumentiert das beispielhafte Engagement von Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften und anderen Initiativen, die an dem Wettbewerb teilgenommen haben. Die erfolgreichen und originellen Ideen und Strategien machen Mut, sich weiter für ein gutes Miteinander von Einheimischen und Zuwanderern einzusetzen, und geben zahlreiche Anregungen zur Nachahmung.

2003, 500 Seiten, Ordner
inkl. CD Rom
Euro 29,-
ISBN 3-89204-640-9

Ratsarbeit besser machen

Hrsg.: Marga Pröhl und Andreas Osner

Die kommunalen Parlamente stehen nicht in dem Ruf, zeitsparend und effizient zu arbeiten. Genau das müsste aber der Fall sein, wenn sich wieder mehr Menschen bereit finden sollen, im politischen Ehrenamt Verantwortung zu übernehmen. Das Handbuch „Ratsarbeit besser machen“ wendet sich an kommunale Mandatsträger, Verwaltungschefs, Parteifunktionäre und andere Mitglieder kommunal-

politischer Gremien. Es soll dazu beitragen, demokratische Steuerung zeitgemäß und zukunftsfähig zu gestalten. Dazu gibt die Publikation Instrumente an die Hand, mit denen Politikstrukturen und Entscheidungsabläufe vor Ort evaluiert, Erfolgsfaktoren identifiziert und Schritte zur Verbesserung unternommen werden können.

2003, 136 Seiten
Euro 15,-
ISBN 3-89204-686-7

Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland

Hrsg.: Marga Pröhl, Heidi Sinning, Stefan Nährlich

Zahlreiche Städte und Gemeinden in Deutschland sind auf einem guten Weg zu mehr Bürgerorientierung. Im „CIVITAS-Netzwerk bürgerorientierter Kommunen in Deutschland“ der Bertelsmann Stiftung sind diese Kommunen zusammengeschlossen. Sie haben zukunftsweisende Ansätze und vielfältige Best Practices entwickelt-, z.B. zu den Schwerpunkten „Anerkennungs- und Beteiligungskultur“ oder „Bürgerorientierte Stadtteilentwicklung“.

Der vorliegende Band präsentiert die Ergebnisse des Netzwerkes und bietet einen reichen Fundus von Anstößen und Ideen zum Themenkomplex Bürgerorientierung. Er richtet sich gleichermaßen an engagierte Bürger, Politiker und Fachkräfte aus Planung und Verwaltung.

2002, 396 Seiten, Broschur
Euro 15,-
ISBN 3-89204-448-1